

FREIBERUFLER-TICKER vom 14. August 2020

1. Neue Ausbildungsverträge in am stärksten besetzten Ausbildungsberufen

2019 schlossen insgesamt 513.300 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag ab, das sind 8.600 Verträge oder 1,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Das [teilte](#) das Statistische Bundesamt am 12. August 2020 mit. Dieser Rückgang lässt sich auf neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit sowohl Männern als auch Frauen zurückführen. Die Neuabschlüsse mit Männern gingen um 1,1 Prozent zurück, während die Neuabschlüsse von Frauen sogar um 2,5 Prozent sanken. Bei den Freien Berufen wurden 2019 43.749 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, ein Minus von 0,65 Prozentpunkten. Bei allen Neuabschlüssen belegte der Beruf Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel den Spitzenplatz, gefolgt von den Berufen Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement, Kraftfahrzeugmechatiker/in, Verkäufer/in sowie Industriekaufmann/Kauffrau. Der/die Medizinische Fachangestellte folgt auf Rang sieben, der/die Zahnmedizinische Fachangestellte auf Rang zwölf. Es zeigen sich geschlechterspezifische Unterschiede: Bei den Jungen kommt kein Ausbildungsgang der Freien Berufe in die Top 20. Anders bei den Mädchen: Die Medizinische Fachangestellte nimmt Platz zwei ein, die Zahnmedizinische Fachangestellte Platz vier, die Steuerfachangestellte Platz zwölf, die Rechtsanwaltsfachangestellte Platz 14 und die Tiermedizinische Fachangestellte Platz 15. Bei Auszubildenden mit ausländischen Wurzeln sind Freiberufler beliebt: Hier belegt der/die Zahnmedizinische Fachangestellte Rang eins und der/die Medizinische Fachangestellte Rang neun. Zwar nicht bei den ausländischen Jungen, aber bei den ausländischen Mädchen kommen gleich fünf Ausbildungsgänge der Freien Berufe in die Top 20: Die Zahnmedizinische Fachangestellte ist Nummer eins, die Medizinische Fachangestellte kommt auf Platz zwei, die Steuerfachangestellte auf Platz neun, die Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte auf Platz zwölf und die Rechtsanwaltsfachangestellte auf Platz 16.

2. BMBF startet Informationsoffensive zur Stärkung der beruflichen Bildung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) startete zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres eine umfangreiche [Informationsoffensive](#), um die berufliche Bildung zu stärken. Auf einem neuen Portal (www.die-duale.de) werden wichtige Informationen zur Verfügung gestellt – auch mit Blick auf die aktuelle COVID-19-Pandemie. Unter dem Motto „Die duale Berufsausbildung – Macht die groß, die uns groß machen“ zeigt das Portal die Vorteile beruflicher Bildung und ist dabei an Jugendliche und ihre Eltern, Unternehmen sowie die gesamte Öffentlichkeit adressiert. Einen Schwerpunkt bilden die Änderungen des neuen Berufsbildungsgesetzes, das zum 1. Januar 2020 in Kraft trat. Dabei wurden beispielsweise eine Mindestvergütung für Auszubildende, neue Abschlussbezeichnungen für den Fortbildungsbereich und verbesserte Teilzeitregelungen eingeführt.

3. BIBB-Veröffentlichung zur Teilzeitausbildung

Nach dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist die Option der Teilzeitausbildung bislang nicht beliebt: 2018 waren nur 0,4 aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Teilzeit erfolgt. Weitere Erkenntnisse der [BIBB-Veröffentlichung](#) zeigen, dass duale Ausbildung in Teilzeit mit einem deutlich höheren Risiko von Vertragslösungen verbunden ist – insbesondere mit einem erhöhten Risiko mehrfacher Brüche und Unterbrechungen auch im späteren Ausbildungsverlauf. Bei denjenigen, die bis zur Teilnahme an der Abschlussprüfung in der Ausbildung verbleiben, verläuft diese mit guten Ergebnissen. Trotz der höheren familiären Belastungen und der niedrigeren Schulabschlüsse der Auszubildenden in Teilzeit bestehen fast 92 Prozent die Abschlussprüfung. Mit dem Berufsbildungsmodernisierungsgesetz vom 12.

Dezember 2019, das seit dem 1. Januar 2020 in Kraft ist, soll die Teilzeitberufsausbildung weiter gestärkt werden. Dabei ist unter anderem die gesetzliche Beschränkung auf ein „berechtigtes Interesse“ als Voraussetzung entfallen, der potenzielle Personenkreis wurde damit erweitert. Eine Ausbildung in Teilzeit kann nun bei jedem dualen Ausbildungsverhältnis vereinbart werden.

4. Privatschulen immer beliebter

Jeder elfte Schüler in Deutschland besuchte im Schuljahr 2018/19 eine Privatschule. Insgesamt waren das rund eine Million Schüler von insgesamt 10,8 Millionen. Noch zehn Jahre zuvor hatte nur jeder dreizehnte Schüler eine Privatschule besucht: 2008/09 hatte es in Deutschland 11,8 Millionen Schüler gegeben, von denen 926.000 Privatschüler waren. Diese Daten sind Gesamtangaben, die das Statistische Bundesamt am 10. August 2020 [präsentierte](#); darin enthalten sind auch Privatschulen, die kein Schulgeld verlangen. Überdies steigt die Zahl der Privatschulen.

5. Junge Menschen in Deutschland

Wie das Statistische Bundesamt zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2020 [mitteilte](#), waren von den 83,2 Millionen Menschen, die zum Jahresende 2019 in Deutschland lebten, 8,5 Millionen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Die jungen, ab Mitte der 1990er-Jahre Geborenen machten damit einen Anteil von 10,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus. Während die Bevölkerung in Deutschland insgesamt seit 2011 kontinuierlich gewachsen ist, nehmen die Zahl und der Anteil der 15- bis 24-Jährigen – mit Ausnahme von 2015 – schon seit 2005 stetig ab. Damals gab es noch 9,7 Millionen 15- bis 24-Jährige, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag bei 11,8 Prozent. Im Schnitt aller EU-27-Staaten war der Anteil der 15- bis 24-Jährigen ähnlich hoch wie hierzulande: Zum Jahresbeginn 2019 lag er [laut](#) dem Statistischen Amt der Europäischen Union bei 10,6 Prozent. Am höchsten war der Anteil dieser Altersgruppe mit 12,8 Prozent in Zypern und mit je 12,6 Prozent in Dänemark und Irland. Am niedrigsten war er mit 8,9 Prozent in Bulgarien sowie je 9,1 Prozent in Tschechien und Lettland.

6. Überbrückungshilfe bis Ende September 2020 beantragbar

Die Bundesregierung verlängerte die Antragsfrist für die Überbrückungshilfen um einen Monat. Das geht aus den Erläuterungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Beantragung der Überbrückungshilfe hervor, die [hier](#) eingeflochten sind. Danach ist das spätestmögliche Datum für einen Antrag der 30. September 2020.

7. Infografik des BMWi zu Corona-Hilfen für Unternehmen

Auf seiner Website [veröffentlichte](#) das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) am 11. August 2020 einen illustrierten Überblick zu den bewilligten Finanzierungsvolumen. Insgesamt wurden zum Stichtag 11. August 2020 Corona-Hilfen im Volumen von 66,4 Milliarden Euro bewilligt. Diese setzen sich zusammen aus dem KfW-Sonderprogramm (42,5 Milliarden Euro), den Soforthilfen für kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler (mindestens 14,3 Milliarden Euro), dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (sechs Milliarden Euro) sowie Bürgschaften der Bürgschaftsbanken (789 Millionen Euro) und Großbürgschaften (2,7 Milliarden Euro). Im Rahmen des kürzlich gestarteten Überbrückungshilfeprogramms für kleine und mittelständische Unternehmen wurden circa 27.400 Anträge im Volumen von rund 550 Millionen Euro gestellt und rund 109 Millionen Euro bewilligt.

8. KfW-Fördervolumen auf Rekordhöhe

Die KfW Bankengruppe erreichte im ersten Halbjahr 2020 ein Zusagevolumen von 76,2 Milliarden Euro und verdoppelte damit den Vorjahreswert von 33,6 Milliarden Euro. Die inländische Förderung erfuhr aufgrund der Corona-Hilfsprogramme sogar eine Verdreifachung ihres Volumens auf 63 Milliarden Euro nach zuvor 20,8 Milliarden Euro. Das Geschäftsjahr 2020 der KfW wird maßgeblich von dem KfW-Sonderprogramm „Corona-Hilfe“ geprägt. Bis zum 30. Juni 2020 wurden etwa 70.000 Kreditanträge entgegengenommen und 33,6 Milliarden Euro an Zusagen herausgelegt. Rund 97 Prozent der Anträge kamen von kleinen und mittleren Unternehmen, von denen 99,8 Prozent der Kredite ein Volumen bis drei Millionen Euro erreichen. Bis zum 11. August 2020 wurden für die KfW-Corona-Hilfe 81.359 Anträge gestellt, von denen 99,7 Prozent bereits abschließend bearbeitet worden sind. Das Zusagevolumen liegt bei 42,5 Milliarden Euro. Das [teilte](#) die KfW am 12. August 2020 mit.

9. Firmen rechnen mit Einschränkungen für weitere 8,5 Monate

Die deutsche Wirtschaft rechnet wegen Corona mit einer Einschränkung des öffentlichen Lebens für weitere achteinhalb Monate. Das [teilte](#) das ifo Institut am 10. August 2020 mit. Dienstleister rechnen mit 8,9 Monaten, der Handel mit 8,6 Monaten, der Bau mit 8,2 Monaten und die Industrie mit 7,8 Monaten. Unter den Dienstleistern führt das Institut auch einzelne Freiberufler auf. So rechnen beispielsweise Architekten und Ingenieure mit neun Monaten und Steuerberater, Rechtsanwälte sowie Wirtschaftsprüfer mit 8,7 Monaten.

10. Erwartete Normalisierung der eigenen Geschäftslage

Laut einer weiteren [Meldung](#), die das ifo Institut am 13. August 2020 veröffentlichte, erwarten die deutschen Unternehmen erst in durchschnittlich elf Monaten eine Normalisierung ihrer eigenen Geschäftslage. Künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten sind besonders von der Corona-Pandemie betroffen. Sie vermessen den Zeitkorridor mit 17,5 Monaten.

11. Arbeitsausfall durch Kurzarbeit

Bei den Kurzarbeitern in Deutschland beträgt der Arbeitsausfall im Schnitt 43 Prozent. Sie arbeiten mithin nur 57 Prozent ihrer regulären Arbeitszeit. Das bedeutet für die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Arbeitsausfall von durchgerechnet sieben Prozent, weil dort 17 Prozent Kurzarbeit fahren. Das geht aus Schätzungen des ifo Instituts hervor, die am 12. August 2020 [veröffentlicht](#) wurden. Im Gastgewerbe beträgt der geschätzte branchenweite Arbeitsausfall sogar 25 Prozent, weil die 42 Prozent Kurzarbeiter einen hohen durchschnittlichen Ausfall von 54 Prozent verzeichnen. Überdurchschnittlich ist der Arbeitsausfall auch in der Industrie insgesamt mit zehn Prozent, weil die 33 Prozent Kurzarbeiter einen durchschnittlichen Ausfall von 30 Prozent erreichen. Rund elf Millionen Berufstätige in Deutschland kommen für Kurzarbeit nicht infrage, weil sie Selbstständige, Beamte oder Minijobber sind.

12. Angebot an Arbeitskräften sinkt

In der Corona-Krise nimmt nicht nur der betriebliche Bedarf an Arbeitskräften ab. Auch die bis dato wachsende Zahl an potenziellen Arbeitskräften sinkt, denn viele Erwerbspersonen ziehen sich aus dem Arbeitsmarkt zurück. Wenn dieser Rückzug von Dauer ist, könnte das Erwerbspersonenpotenzial früher und stärker schrumpfen als bisher erwartet, insbesondere wenn auch Zuzüge aus dem Ausland weiterhin ausbleiben. So die Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, die am 12. August 2020 [veröffentlicht](#) wurde. Zwischen März und Juni 2020 haben sich 523.000 Menschen aus dem

deutschen Arbeitsmarkt zurückgezogen. Viele potenzielle Arbeitskräfte stellen wegen der schlechten Arbeitsmarktlage die Jobsuche auch ganz ein – darunter viele geringfügig Beschäftigte.

13. Gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland

Dieser erweist sich in der Corona-Krise als robust und ist in den ersten Monaten nach Ausbruch der Pandemie noch gewachsen. Das geht aus dem „[Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt 2020](#)“ hervor, den die Bertelsmann Stiftung am 12. August 2020 veröffentlichte. Zugleich macht die Ausnahmesituation laut der Autoren soziale Unterschiede sichtbar und verschärft die Probleme bestimmter Bevölkerungsgruppen. Für die Studie wurden 2020 zunächst im Februar und März 3.010 Personen repräsentativ befragt, 1.000 hiervon dann noch einmal im Mai und Juni, also nach dem Ende der Kontaktbeschränkungen. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass noch im Februar 46 Prozent der Befragten den Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet ansahen. Dieser Anteil reduzierte sich bereits im März auf 40 Prozent und sank im Mai und Juni weiter auf 36 Prozent ab. Ebenso nahm der Eindruck ab, die Bürger würden sich nicht um ihre Mitmenschen kümmern. Während dies im Februar noch 41 Prozent sagten, äußerten im Mai und Juni nur noch 21 Prozent diese Auffassung. Auch das Vertrauen in die Bundesregierung legte über die Monate zu: von 19 Prozent zunächst auf 30 Prozent im März und schließlich bis auf 45 Prozent beim dritten Befragungszeitpunkt.

14. Vier von zehn Mittelständlern nutzen soziale Medien zur Mitarbeitergewinnung

Kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland sind immer häufiger auf Social-Media-Kanälen aktiv, um neue Mitarbeiter zu finden. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung von KfW Research, die Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#) wurde. Vier von zehn Mittelständlern nutzen die Kanäle bereits heute für Personalrekrutierung, weitere 22 Prozent planen entsprechende Aktivitäten für die kommenden zwei Jahre. KfW Research hat für die aktuelle Studie in Kooperation mit anderen europäischen Förderbanken mehr als 2.500 Unternehmen aus Deutschland, Frankreich, Polen, Spanien und dem Vereinigten Königreich befragt. Der gemeinsam erstellte European SME Survey 2019 zeigt, dass die kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland im Vergleich zu Mittelständlern anderer europäischer Länder bei der Mitarbeitergewinnung in sozialen Medien unterdurchschnittlich aktiv sind. Außer für die Mitarbeitergewinnung nutzen die deutschen Mittelständler soziale Medien auch für Imagebildung, Produktvermarktung und Austausch mit den Kunden. Insgesamt waren 2019 59 Prozent aller kleinen und mittleren Unternehmen auf Social-Media-Kanälen aktiv. Das ist ein Plus von 15 Prozent gegenüber 2015.

15. Altersbericht fokussiert Digitalisierung

Für den Achten Altersbericht der Bundesregierung, der bislang nur als [Kurzversion](#) vorliegt, untersuchte die zuständige Sachverständigenkommission, inwieweit Digitalisierung und der Einsatz technischer Produkte und Anwendungen zu einem guten Leben im Alter beitragen können. Auch gesellschaftliche, soziale und ethische Fragen, die eine zunehmende Technisierung des Alltags älterer Menschen mit sich bringen, beantworten die Experten in ihrem Bericht. So befasst sich der Bericht mit der Entwicklung und Anwendung digitaler Technologien sowie mit deren Auswirkungen vor allem in den Lebensbereichen Wohnen, Mobilität, soziale Integration, Gesundheit und Pflege. Das Bundeskabinett befasste sich am 12. August 2020 mit dem Bericht und beschloss eine Stellungnahme der Bundesregierung, deren Veröffentlichung noch aussteht. Die Digitalisierung bietet laut dem zuständigen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend älteren Menschen viele Chancen, um möglichst lange ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben führen zu können. Ein riesiges Potenzial, das

noch viel stärker ausgeschöpft werden muss. Entscheidend dafür ist, dass die digitalen Angebote stärker an den Bedürfnissen ausgerichtet und die älteren Menschen dabei unterstützt werden, mit der Entwicklung Schritt zu halten. Zugleich gilt es, die digitale Kluft, die es innerhalb der älteren Generation gibt, abzubauen. Seit 1993 legt eine unabhängige Sachverständigenkommission einmal in jeder Legislaturperiode den Bericht zur Lage der älteren Generation vor. Dieser dient als wichtige Entscheidungsgrundlage für die Seniorenpolitik des Bundes.

16. Seit Corona haben Senioren ein besseres Bild von der Digitalisierung

Im Zuge der Corona-Pandemie wandelt sich für viele ältere Menschen das Bild von der Digitalisierung. Zwei von fünf Bundesbürgern ab 65 Jahren (40 Prozent) sagen, dass sie der Digitalisierung seitdem positiver gegenüberstehen. Ein Viertel der Senioren (23 Prozent) sieht die Digitalisierung hingegen negativer als zuvor. Und für jeden Dritten (34 Prozent) haben der Ausbruch der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Auswirkungen keinen Einfluss auf ihre Einstellung zur Digitalisierung. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die im Juli 2020 durchgeführt und am 12. August 2020 [veröffentlicht](#) wurde.

17. KSK: Versicherte und Finanzlage

Knapp 190.000 selbständige Künstler und Publizisten sind im Januar 2020 in der Künstlersozialkasse (KSK) versichert gewesen. Das Durchschnittsjahreseinkommen variierte 2019 von rund 13.000 Euro in Thüringen bis rund 21.000 Euro in Hamburg. Das geht aus der Antwort ([19/21499](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervor. Eine weitere Antwort thematisierte die Finanzlage der KSK. Das Haushaltsvolumen lag 2019 bei rund 1,2 Milliarden Euro, so die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/21500](#)) unter dem Hinweis, dass es sich dabei noch um vorläufige Angaben handelt. Über beides informierte der Deutsche Bundestag am 12. August 2020.